



Klimaverträgliche Entwicklung in der Kommune

Eine Handreichung für Gemeinderäte

Herausgegeben von der KEA Klimaschutz und Energie-
agentur Baden-Württemberg GmbH gemeinsam mit
dem Verband der regionalen Energie- und Klimaschutz-
agenturen Baden-Württemberg e.V.

Mit freundlicher Unterstützung der
Baden-Württemberg-Stiftung



KEA-BW
DIE LANDESENERGIEAGENTUR

Vorwort



Dr. Volker Kienzlen, Geschäftsführer KEA-BW



Dr. Klaus Keßler, Vorstandsvorsitzender rEA BW e.V.

Bei Ihrer Arbeit als Gemeinderat haben Sie es mit einer breiten Palette an Themen zu tun. Sie diskutieren und entscheiden über Radwegebau, die Kindergartenbetreuung, aber auch die Heizungssanierung in der Grundschule oder die Freiflächensolaranlage und den Bau von Ladesäulen in Ihrer Kommune. Junge Menschen machen im Rahmen der weltweiten Fridays for Future-Bewegung deutlich, dass Klimaschutz für die diese Generation einen hohen Stellenwert hat. Die bislang ungehörten Botschaften der Wissenschaft finden hier einen Resonanzboden. Mit dem Pariser Klimaschutzabkommen hat sich Deutschland – wie auch 175 weitere Staaten – völkerrechtlich verbindlich dazu verpflichtet, die globale Erwärmung auf 2 Grad, besser noch auf 1,5 Grad zu begrenzen. Klimaschutz ist also eine Pflichtaufgabe.

Klimaschutz ist eine der tragenden Säulen einer nachhaltigen Entwicklung. Nachhaltig heißt, ökonomisch, ökologisch und sozial dauerhaft tragfähige Lösungen für Menschen und Umwelt zu finden. Gibt es etwas Attraktiveres als die nachhaltige Entwicklung Ihrer Kommune? Weniger Emissionen in der Gemeinde, eine höhere Lebensqualität, weniger Müll und regionale Wertschöpfung nutzen der gesamten Bürgerschaft Ihrer Gemeinde. Sie haben als Gemeinderat viele Möglichkeiten, Ihre Gemeinde noch stärker auf diesen Weg zu bringen. Wir wollen Ihnen mit dieser Handreichung Anregungen, Tipps und Quellen geben.

Die KEA Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg will Sie gemeinsam mit den regionalen Energieagenturen im Land bei Ihrer Gemeinderatsarbeit noch besser unterstützen. Viele Hilfsmittel für Ihre Arbeit finden Sie auf der Internetseite der Landesenergieagentur www.kea-bw.de und auf den Seiten der regionalen Energieagenturen. Eine Übersicht der Energieagenturen finden Sie auf www.reabw.de.

Nehmen Sie bei weitergehenden Fragen oder inhaltlichen Anregungen gerne Kontakt mit uns auf.

Ein herzliches Dankeschön an die **Baden-Württemberg-Stiftung (www.bwstiftung.de)**, die mit ihrer finanziellen Unterstützung die Erarbeitung dieser Broschüre ermöglicht hat.

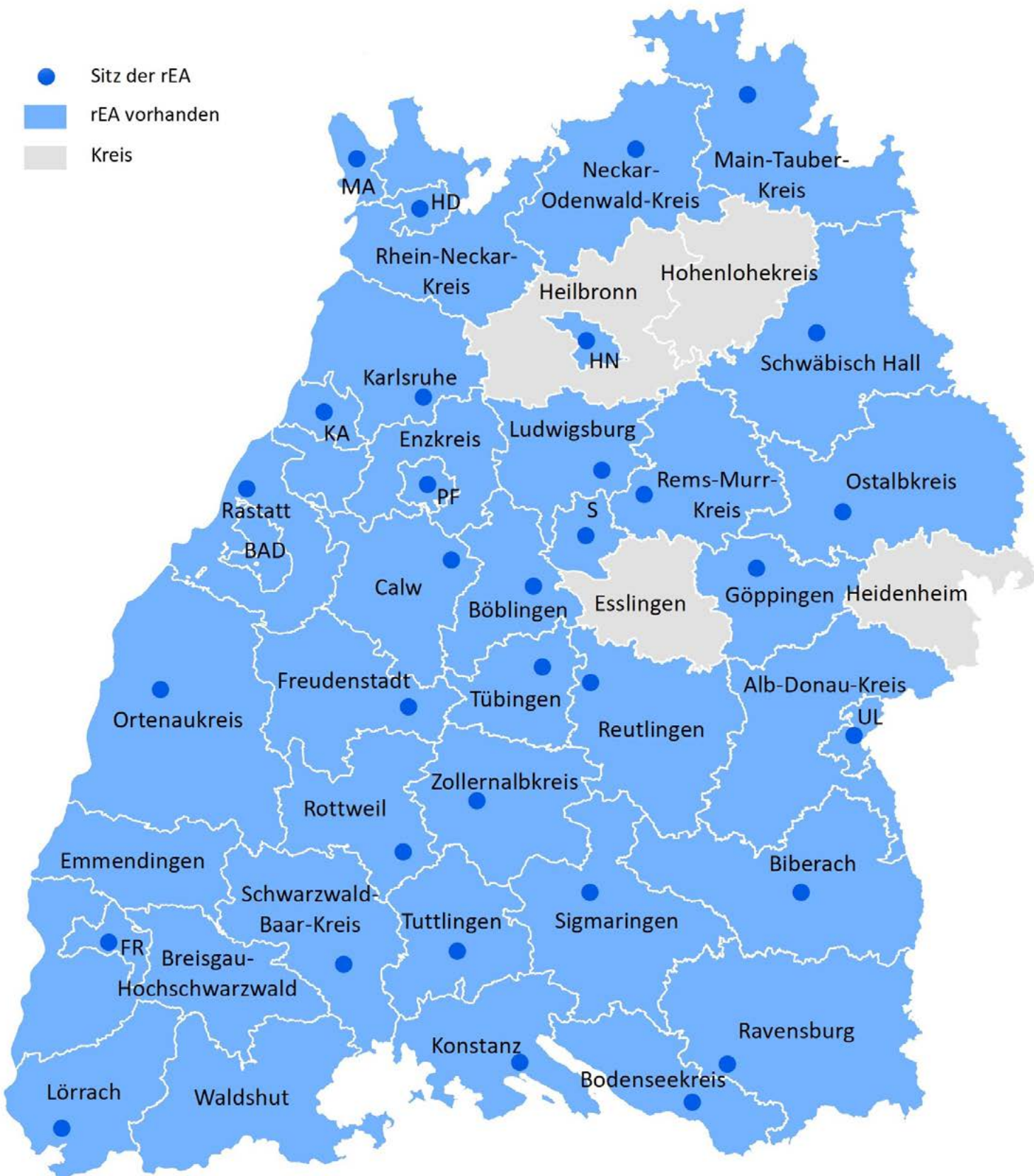
Genderhinweis

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

Bildnachweise

S. 1: AdobeStock, Shutterstock; S. 2: KEA-BW.de, kliba gGmbH; S. 3, 19, 21, 23, 25: Statusbericht kommunaler Klimaschutz in Baden-Württemberg; S. 6: sdg-portal.de; S. 7: Prof. Stefan Rahmstorf; S. 9, 14, 15: Shutterstock; S. 10, 11: KEA-BW; S. 12: Adobe Stock; S. 13, 16, 17, 20, 22, 24, 26, 27, Rückseite: KEA-BW/Ellen Wurster; S. 28 oben: Stadt Bühl; S. 28 unten: Stadt Freiburg, Amt für Projektentwicklung und Stadterneuerung; S. 29 oben: Mathias Kassel; S. 29 unten: WeilerWärme eG

Regionale Energieagenturen (rEA)



Regionale Energieagenturen gibt es fast in allen Landkreisen.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
1. Nachhaltige Entwicklung, was ist das?	5
2. Darum sollte nachhaltige Entwicklung im Zentrum der kommunalen Agenda stehen	8
3. Die Zusammenarbeit von Gemeinderat und Verwaltung	9
4. Welche Ansatzpunkte gibt es für Sie als Gemeinderat?	10
Strategie und (Stadt-)Planung	11
Kommunale Liegenschaften und Beschaffung	13
Bürger mitnehmen	14
Gesundheit und Ernährung	15
Stadtplanung	16
5. Schwerpunkt dieser Handreichung: Mobilität	16
Zu Fuß gehen	17
Radverkehr	18
ÖPNV	20
Automobilverkehr	21
Mitfahrer je Autos	22
Carsharing	23
Elektromobilität	24
Kommunales Mobilitätsmanagement	26
6. Förderung durch EU, Bund und Land	27
7. Gute Beispiele aus Baden-Württemberg	28

1. Nachhaltige Entwicklung, was ist das?

Nachhaltigkeit bedeutet, mit endlichen Ressourcen verantwortungsbewusst umzugehen und damit die Entwicklung – hier der Kommune – auf Dauerhaftigkeit anzulegen. Die Entwicklung trägt also den Bedürfnissen der heutigen Generation Rechnung, ohne die Entwicklungsmöglichkeiten künftiger Generationen einzuschränken.

Bereits 1713 formulierte Hans Carl von Carlowitz am kursächsischen Hof für die Forstwirtschaft den ersten Nachhaltigkeitsgrundsatz: Er legte fest, dass jeweils nur so viel Holz geerntet werden darf, wie jeweils nachwächst. Auslöser war damals die Übernutzung des Waldes.

Seit den 70er-Jahren beschäftigt man sich auf europäischer und nationaler Ebene mit Leitbildern und Strategien für ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum. Die Banken- und Wirtschaftskrise 2008 machte allerdings deutlich, wie wenig nachhaltig unser Wirtschaftssystem ist. Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung wurde erstmals 1987 von der Brundtland Kommission formuliert und gab damit den Anstoß für eine weltweite öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema Nachhaltigkeit.

Grundlage für die heutige Nachhaltigkeitspolitik ist die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, die am 25. September 2015 von den Staats- und Regierungschefs der 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen in New York verabschiedet wurde. Sie umfasst 17 globale Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, **SDGs** – www.sdg-portal.de) mit insgesamt 169 Unterzielen. Diese sind bis zum Jahr 2030 zu erreichen und gelten universell, d. h. für alle Staaten gleichermaßen. Die Agenda fordert die Einbindung der gesellschaftlichen Akteure und steht für eine globale Partnerschaft.

Nachhaltigkeit: wichtige Ereignisse

- **1987** Gro Harlem Brundtland legt den Report „Unsere gemeinsame Zukunft“ vor
- **1992** Weltgipfel in Rio de Janeiro: Die drei Säulen wirtschaftliche, soziale und ökologische Nachhaltigkeit werden definiert
- **2000** Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen
- **2001** Strategie zur nachhaltigen Entwicklung der Europäischen Union
- **2001** Einrichtung des Rats für nachhaltige Entwicklung der Bundesregierung
- **2007** Beginn der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Baden-Württemberg mit Schwerpunkten in den Bereichen „Klima und Energie“, „Ressourcen“ und „Bildung für nachhaltige Entwicklung“
- **2015** Einstimmige Verabschiedung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (sustainable development goals SDG)
- **2017** Neuauflage der **deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNS** – www.tinyurl.com/y59yhdda) mit einer ambitionierten Umsetzung der 17 globalen Nachhaltigkeitsziele und der Förderung einer nachhaltigen Entwicklung



Die UN hat 17 globale Ziele für nachhaltige Entwicklung definiert. Auch der Bund sowie das Land Baden-Württemberg unterstützen seit Jahren eine nachhaltige Entwicklung. Die angestrebten Ziele und Maßnahmen sind in den jeweiligen Nachhaltigkeitsstrategien formuliert.

»Nachhaltigkeit bedeutet, mit endlichen Ressourcen verantwortungsbewusst umzugehen.«

Nachhaltigkeit auf lokaler / kommunaler Ebene „Global denken – lokal handeln“

Das 1992 in Rio de Janeiro definierte Prinzip der Nachhaltigkeit ist auch die Leitschnur für lokale Nachhaltigkeit. Beispielsweise haben sich in vielen Kommunen daraus Agenda-21-Gruppen entwickelt. Was Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene bedeutet und welche Maßnahmen dazu gehören, erfahren Sie in dieser Broschüre. Wie weit Ihre Kommune bei der Umsetzung der 17 Nachhaltigkeitsziele ist, können Sie sich auf dem – lückenhaften – SDG-Portal anschauen www.sdg-portal.de. Eine wichtige Informationsquelle für Kommunen im Land ist der [Statusbericht kommunaler Klimaschutz \(www.tinyurl.com/y5re5c5x\)](http://www.tinyurl.com/y5re5c5x).

Vermeiden – reduzieren – kompensieren

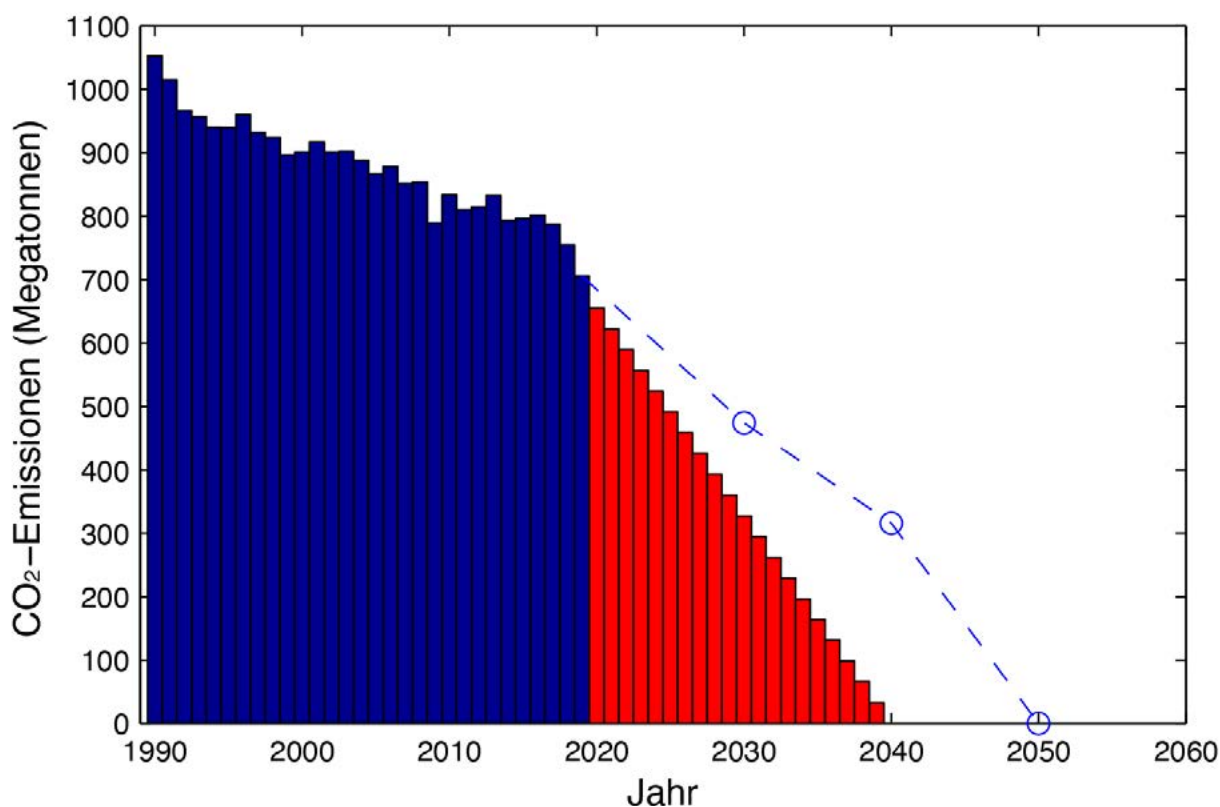
Dieser Dreiklang beschreibt für viele Fälle den Weg zum Ziel: Zunächst gilt es den Energiebedarf zu minimieren, beispielsweise bei Gebäuden durch Wärmedämmung und Hinterfragen des Flächenbedarfs. Bei der Reduzierung kommen dann beispielsweise erneuerbare Energien zum Einsatz. Nur für den Teil der Emissionen, der so nicht eingespart werden kann, kommt eine Kompensation durch Klimaschutzmaßnahmen an anderer Stelle zum Zuge. Die Energiewende ist letztlich ein anderer

Begriff für diesen Umbau: weg von den fossilen Energieträgern Kohle, Öl und Erdgas, hin zu effizientem Energieeinsatz und Erneuerbaren Energien.

Der Schwerpunkt dieser Broschüre liegt auf dem Aspekt Klimaschutz. Wichtige weitere Nachhaltigkeitsthemen, wie beispielsweise Biodiversität, werden hier nicht weiter behandelt.

Klimaschutz ist dringend

Der Weltklimarat (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC) beziffert in seinem [Sonderbericht \(www.de-ipcc.de/256.php\)](http://www.de-ipcc.de/256.php) vom Herbst 2018 das verbleibende globale CO₂-Budget, das uns für die Begrenzung der Erwärmung auf 1,75 Grad verbleibt, auf rund 800 Gigatonnen. Dies bedeutet, dass jedem Bundesbürger noch ein Budget von ca. 80 Tonnen zur Verfügung steht. Damit dieses Budget zumindest bis 2037 reicht, muss der Ausstoß ab sofort linear sinken – ein ambitioniertes Vorhaben. Wenn die globale Erwärmung nicht weiter steigen soll, dürfen dann keine weiteren Emissionen entstehen.



Um die Pariser Klimaschutzziele zu erreichen, müssen die CO₂-Emissionen deutlich schneller sinken als bisher – gerade im Verkehr.

2. Darum sollte nachhaltige Entwicklung im Zentrum der kommunalen Agenda stehen

- Nachhaltige Entwicklung gibt Ihrer Kommune ein positives und dynamisches Image und dient gleichzeitig der Bewahrung der Schöpfung.
- Innovative Projekte befriedigen die Erwartung der Bürger hinsichtlich qualitativ guter Beschäftigung, lokaler Wertschöpfung und guten Lebensbedingungen (Nahversorgung, Gesundheit).
- Es ist gute Verwaltungspraxis, heute zu investieren und damit langfristig die Verschwendung von Ressourcen, Reparaturen aber auch Gesundheitskosten und andere Umweltfolgekosten zu vermeiden.
- Nachhaltiges Wirtschaften heißt vorsorgen und macht die Kommune zukunftsfähig und langfristig lebenswert.
- Ein konkreter Maßnahmenplan zeigt das Engagement der Gemeinde. Er bezieht möglichst alle wichtigen Akteure in der Kommune ein.
- Maßnahmen sind oft deutlich wirksamer, wenn sie von mehreren Kommunen gemeinsam durchgeführt werden.
- Gerade junge Menschen haben großes Interesse an einer nachhaltigen Entwicklung ihrer Heimat: Sie erwarten, dass die Politik mehr tut für Klima und Umwelt, und dass sie dabei auf soziale Gerechtigkeit achtet.¹ Eine nachhaltige Entwicklung kann so gerade in ländlichen Kommunen Abwanderung vermeiden.
- Oft sind nachhaltigere Lösungen auch wirtschaftlich die besseren: Beispielsweise zahlen sich energetische Sanierungen – richtig geplant – fast immer langfristig aus. Der steigende CO₂-Preis bildet einen zusätzlichen ökonomischen Anreiz.
- Nachhaltige Entwicklung bindet die Bürgerschaft bei der Gestaltung Ihrer Heimat ein.

Die Steigerung der Lebensqualität für Alle ist das Kernziel der nachhaltigen Entwicklung.

1 Das sind Ergebnisse der repräsentativen Jugendstudie „Zukunft? Jugend fragen“, die das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) im Auftrag des Bundesumweltministeriums und des Umweltbundesamtes erstellt hat.

3. Die Zusammenarbeit von Gemeinderat und Verwaltung

Zentraler Akteur jeder Kommune ist die Kommunalverwaltung. Die Steuerungs- und Aufsichtsrolle übernimmt der Gemeinderat. Für die erfolgreiche Umsetzung vieler Handlungsempfehlungen dieser Broschüre ist es hilfreich, wenn in der Kommune ...

... politische Einigkeit über die Ziele besteht: beispielsweise Leitbilder in Form eines Stadtentwicklungskonzeptes oder eines Verkehrsentwicklungsplans / Klimaschutzteilkonzeptes Mobilität vorliegen.

... Nachhaltigkeit im Zuge ohnehin anstehender Aufgaben mitgedacht und umgesetzt wird.

... Zuständigkeiten definiert sind.

... ausreichende personelle Kapazitäten sowie umfassendes Know-how bei kommunalen Mitarbeitern und beratenden Institutionen bereitstehen.

... eine Steuerungsgruppe in der Verwaltung alle fachlich betroffenen und für die Umsetzung maßgeblichen / wichtigen Akteure bündelt (siehe unten, European Energy Award (eea)-Team).

... die Verwaltungsspitze und Gremien im eigenen Alltag mit gutem Beispiel vorangehen und zum Beispiel standardmäßig auch zu offiziellen Terminen zu Fuß, mit dem Rad, dem Peledec oder dem ÖPNV kommen.

»Zentraler Akteur jeder Kommune ist die Kommunalverwaltung.«



4. Welche Ansatzpunkte gibt es für Sie als Gemeinderat?

Ihre formalen Möglichkeiten als Gemeinderat kennen Sie bestenfalls: Sie stoßen Themen mit Anträgen oder Anfragen an. Am einfachsten lassen sich Maßnahmen allerdings dann umsetzen, wenn Gemeinderat und Verwaltung am gleichen Strang und vor allem in die gleiche Richtung ziehen. Für die Umsetzung Ihrer Anliegen ist es daher hilfreich, den Kontakt mit der Verwaltung bereits im Vorfeld zu suchen, denn die Mitarbeiter können Ihnen in der Regel sehr genau beschreiben, welche positiven Erfahrungen gemacht wurden oder welche Hemmnisse abzubauen sind.

Strategische Vorgaben und die Ausrichtung der Verwaltungsarbeit sind Aufgaben des Gemeinderates. Mit der Entscheidung über den kommunalen Haushalt sowie weitere Satzungen und Beschlüsse hat der Gemeinderat die zentrale Steuerungsfunktion in der Gemeinde.

Bedenken Sie: Die Kommune wirkt als Investor, als Umsetzer, als Gestalter oder Motivator.

Was tun als Gemeinderat:

Holen Sie sich fachliche Unterstützung und Rat bei ihrer regionalen Energieagentur oder der KEA-BW.

Seien Sie transparent und tragen die Diskussionsthemen des Gemeinderats zur nachhaltigen Entwicklung an die Öffentlichkeit.

Ermutigen Sie zu bürgerschaftlichem Engagement und helfen Sie dies zu organisieren. Dazu sind auch Beiräte wie Klimaschutzbeirat, Jugendbeirat oder das eea-Team geeignete Instrumente.

Versuchen Sie, neben den Mitteln für Bauunterhaltung, ein Klimaschutzbudget von 10 Euro je Einwohner einzurichten.

Nachhaltige Entwicklung und Klimaschutz sind Querschnittsthemen auf der Führungsebene, die bei allen Entscheidungen zu beachten sind.

»Holen Sie sich fachliche Unterstützung und Rat bei ihrer regionalen Energieagentur oder der KEA-BW.«

KEA-BW: mehr als 40 engagierte Klimaschützer



Strategie und (Stadt-)Planung

- Gehen Sie Klimaschutz strategisch an: Mit einem Klimaschutzkonzept als Grundlage haben Sie einen Maßnahmenplan für die nächsten Jahre. Klimaschutzkonzepte werden im Rahmen der **nationalen Klimaschutzinitiative** (www.klimaschutz.de) vom Bund gefördert. Sie meinen, Ihre Gemeinde sei zu klein für ein Klimaschutzkonzept? Im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative bietet das Bundesumweltministerium mit der **Fokusberatung** (www.tinyurl.com/y63skche) attraktive Unterstützung. Sprechen Sie mit Ihrer regionalen Energieagentur oder der KEA-BW, ob Sie auf Basis des **Quick-Check Kommunalen Klimaschutz** (www.tinyurl.com/y4ww3y5n) einfach zu ersten Handlungsempfehlungen kommen. Idealerweise steht am Ende des Prozesses ein Leitbild.
- Der **European Energy Award** (**eea** – www.european-energy-award.de) ist ein vom Land gefördertes Qualitätsmanagement- und Zertifizierungsinstrument für kommunalen Klimaschutz. Beim eea steht nicht die Auszeichnung im Vordergrund, sondern der kontinuierliche Prozess. Ein „Energieteam“ aus Mitarbeitern der Verwaltung und ggf. auch ehrenamtlichen Vertretern bildet den aktiven Kern des Projektes. Es begleitet den Prozess und entwickelt Maßnahmen in sechs ineinandergreifenden Handlungsfeldern. Auch hier unterstützen regionale Energieagenturen als eea-Berater. Übrigens: Mehr als 140 Kommunen im Land nutzen bereits dieses Klimaschutz-Werkzeug. Die kleinsten davon haben weniger als 2.000 Einwohner, die größte ist derzeit die Stadt Karlsruhe mit über 300.000 Einwohnern.

»Gehen Sie Klimaschutz strategisch an.«



Kraft-Wärmekopplungsanlagen können in der Klimaschutzstrategie eine wichtige Rolle spielen.

- Das stadtplanerische Grundprinzip ist die resiliente Stadt (Gemeinde) der kurzen Wege. Resilient heißt, sie ist gewappnet für Krisen, die auf sie zukommen können. Möglichst weitgehende Unabhängigkeit beispielsweise im Energiebereich zählt dazu. Wie lassen sich in der Gemeinde möglichst viel Wind- und Sonnenstrom erzeugen und erneuerbare Energien nutzen, sowohl im Gebäudebereich als auch für die Mobilität? Welche Abwärmemengen stehen zur Verfügung? Stadtplanung muss auch bedenken, wie die Anpassung an heißer werdendes Klima gestaltet werden kann. Auch Gemeinden im ländlichen Raum sollten eine hohe Einwohnerdichte anstreben: Revitalisierung des Ortszentrums, Nachverdichtung des Bestands bzw. die Erschließung von Neubaugebieten mit Mehrfamilienhäusern und wohnverträglichem Gewerbe erlauben kurze Wege und effiziente Wärmenetze. Gute Nahversorgung vermeidet Verkehr und erhöht die Attraktivität der Gemeinde.

- Kommunale Wärmeplanung heißt, dass die Kommune Strategien entwickelt für eine klimaneutrale Wärmeversorgung der gesamten Kommune. Kommunale Wärmeplanung wird ab 2021 für die 103 Stadtkreise und Große Kreisstädte im Land verpflichtend eingeführt. Für kleinere Kommunen wurde eine Förderung angekündigt. Um dieses Ziel zu erreichen, werden Wärmenetze eine wichtige Rolle spielen. Vor allem wenn die Abwärme von Unternehmen oder Biomasse genutzt werden kann, ist ein Wärmenetz eine wichtige Option. Ausgangspunkt können beispielsweise die kommunalen Liegenschaften wie Schulzentrum oder das Rathaus sein. Auch das Klärwerk kann eine Rolle spielen. Im Rahmen eines von der KfW geförderten **Quartierskonzeptes** (www.tinyurl.com/yxthvny) können zum Beispiel auch einzelne Gebiete der Kommune genauer untersucht werden.

Was tun als Gemeinderat:

Steigen Sie mit dem Quick-Check ins Thema Klimaschutz ein. Diesen können Sie auch zu Hause machen.

Nutzen Sie die kostenfreie Initialberatung der **KEA-BW** (www.kea-bw.de) und der **regionalen Energieagenturen** (reabw.de) und beantragen Sie im nächsten Schritt eine Fokusberatung.

Beantragen Sie die Teilnahme am **European Energy Award** (www.european-energy-award.de) als umfassendes Klimaschutzwerkzeug.

Denken Sie bei allen Entscheidungen das Thema „Stadt der kurzen Wege“ mit. Steht das aktuelle Projekt im Einklang dazu oder ist es eher problematisch?

Beantragen Sie die Erstellung eines Konzeptes zur klimaneutralen Wärmeversorgung.



»Gute Nahversorgung vermeidet Verkehr und erhöht die Attraktivität der Gemeinde.«



Gerade vor kommunalen Gebäuden sind Fahrradabstellanlagen wichtig.

Kommunale Liegenschaften und Beschaffung

- Der effiziente Betrieb der kommunalen Liegenschaften ist ein erster wichtiger Ansatzpunkt für jede Kommune, da die dort eingesparten Energiekosten unmittelbar dem Haushalt zugute kommen. Mit der Novelle des Klimaschutzgesetzes müssen alle Kommunen im Land die Verbrauchsdaten ihrer Liegenschaften veröffentlichen. Nutzen Sie dies als Einstieg ins kommunale Energiemanagement! **Kom.EMS (www.komems.de)** hilft, ein kommunales Energiemanagement strukturiert aufzubauen. Dazu gehört die Verbrauchsüberwachung der Liegenschaften, die Optimierung des Betriebs, die Nutzersensibilisierung und die Erarbeitung einer Sanierungsstrategie. Eine Schulung für Verwaltungsmitarbeiter zum **energiemanager kommunal (www.tinyurl.com/y2jwd4eg)** wird regelmäßig vom rEA BW e.V. angeboten. Das Klimaschutzgesetz des Landes sieht die öffentliche Hand in einer Vorbildrolle; die klimaneutrale Verwaltung bis 2040 sollte daher das Ziel sein. Im **Klimaschutzpakt (tinyurl.com/yyyjhd5c)** des Landes mit den kommunalen Landesverbänden ist dieses Ziel ebenfalls festgehalten. Bei der Umsetzung unterstützen die regionalen Energieagenturen. Für Sanierungen kann Contracting ein interessantes Hilfsmittel sein. Beim Contracting schließt die Kommune mit einem Energiedienstleister (Contractor) einen Einspargarantievertrag ab; das ausgewählte Unternehmen sorgt über Jahre für einen effizienten Betrieb. Hier ist das **Kompetenzzentrum Contracting (www.kea-bw.de/contracting)** der KEA-BW erster Ansprechpartner.
- Kommunen gehen als Vorbild voran, indem sie ihre Liegenschaften energetisch sanieren. Sie können die Sanierungen selber planen und dann für einen sparsamen Betrieb sorgen. Wenn die Haushaltslage schwieriger wird, können Energiedienstleister die Sanierung – von der Planung bis zur energieoptimierten Betriebsführung – übernehmen. Sie garantieren vertraglich die Kosten und die Einsparungen. Dieses bewährte Modell nennt sich **Contracting (www.kea-bw.de/contracting)**.
- Photovoltaik (PV) lohnt sich wieder! Nach einer Boomphase bis 2011 ist die Zahl neuer Solarstromanlagen deutlich zurückgegangen. Inzwischen sind aber die Anlagenkosten so stark gesunken, dass nicht nur die Erzeugung des eigenen Strombedarfs, sondern auch die Einspeisung ins Netz wieder lukrativ ist. Alle Dachflächen der Kommune sollten zur Energieerzeugung genutzt werden. Sowohl Süddächer als auch nach Osten und Westen ausgerichtete Dachflächen sind dafür geeignet. Die regionalen **Photovoltaiknetzwerke (www.photovoltaik-bw.de/pv-netzwerke/)** beraten und organisieren Infoveranstaltungen vor Ort. Eine Gemeinde kann neben Dachflächen auch Restflächen entlang von Verkehrswegen oder alten Deponien für PV-Anlagen zur Verfügung stellen. Dadurch können Flächen sogar ökologisch aufgewertet werden. Gibt es Flächen beim Sportstadion, der Kläranlage oder dem Bauhof? Können kommunale Fahrzeuge mit Strom vom eigenen Dach betrieben werden? Ein aktueller **Leitfaden (www.tinyurl.com/y39zwkoq)** behandelt speziell Fragen zur Rolle der Kommune beim Ausbau von Photovoltaik.

»Photovoltaik lohnt sich wieder!«

- Bei der Straßenbeleuchtung bestehen große Einsparpotentiale, sofern die Leuchten noch nicht vollständig auf LED-Systeme umgestellt sind. Diese Umstellung erfolgt am günstigsten in einem Schritt, statt in vielen kleinen Tranchen. Contracting ist ein bewährtes Werkzeug für die Umsetzung. Im Zuge einer Ausschreibung kann der günstigste Dienstleister gefunden werden. Auch hier hilft das **Kompetenzzentrum Contracting** (www.kea-bw.de/contracting).
- Nachhaltigkeit betrifft nicht nur den Energieverbrauch, sondern auch die kommunale Beschaffung. Beispielsweise sollte der Einkauf von Recyclingpapier für alle Anwendungen in der Verwaltung selbstverständlich sein. IT-Geräte sollten so lange wie möglich genutzt werden, Haushaltsgeräte wie Kühlschränke möglichst klein und in der höchsten Effizienzklasse beschafft werden. **Nachhaltige Beschaffung** (tinyurl.com/q87pys3) führt in der Regel zur wirtschaftlichsten Lösung für die Kommune, da die Kosten über die gesamte Lebensdauer (Lebenszykluskosten) und nicht nur der Einkaufspreis gewertet werden. Das gilt auch für Investitionen in die Gebäudesanierung. Somit spart grüne Beschaffung Steuermittel.

Jede Kommune sollte nach Möglichkeit alle öffentlichen Dächer zur Solarstromerzeugung nutzen.



Was tun als Gemeinderat:

Bei jeder Investition sollten nicht die Kosten beim Einkauf oder der Sanierung minimiert werden, sondern die Kosten über die Lebensdauer (Lebenszykluskosten).

Beantragen Sie die Einführung einer Leitlinie zur nachhaltigen Beschaffung.

Kommunales Energiemanagement – also Verbrauchsüberwachung, Betriebsoptimierung und die Umsetzung einer Sanierungsstrategie – ist für jede Kommune unabdingbar. Regen Sie den Einstieg in **Kom.EMS** (www.komems.de) an.

Regen Sie die Erstellung einer Sanierungsstrategie für die kommunalen Liegenschaften an: Wie werden wir klimaneutral?

Beantragen Sie den Bau von PV-Anlagen auf allen städtischen Dachflächen, eventuell in Form einer Bürgergenossenschaft.

Bürger mitnehmen

- Für die CO₂-Emissionen der Kommune spielt auch die Sanierung von privaten Wohn-, Büro- und Gewerbegebäuden eine zentrale Rolle. Erst wenn diese energetisch umfassend saniert sind, kann ihr Energiebedarf vollständig durch Erneuerbare Energien gedeckt werden. Das Landesprogramm **Zukunft Altbau** (www.zukunftaltbau.de) bietet hierzu umfassende Informationen. Eine individuelle Erstberatung für Bürger, Kommunen und Institutionen bieten **regionale Energieagenturen** (www.reabw.de) an. Übrigens: Die energetische Sanierung ist Wirtschaftsförderung fürs lokale Handwerk. Förderprogramme, beispielsweise der KfW, nutzen dem einzelnen Hausbesitzer und steigern die Wirtschaftskraft der Kommune. Fragen Sie Ihre regionale Energieagentur auch nach einer Strom- bzw. Energieeinsparberatung für Ihre Bürger. Diese kann beispielsweise als regelmäßige Sprechstunde im Rathaus stattfinden.
- Auch für Bürger und Unternehmen ist der Bau einer PV-Anlage eine wirtschaftliche Investition. Sprechen Sie das regionale PV-Netzwerk an, um zu klären, mit welchen Aktionen der Bau von PV-Anlagen angeregt werden kann.

Gesundheit und Ernährung

- Regionale und saisonale Produkte fördern nicht nur die regionale Wertschöpfung, sondern erfordern auch kürzere Transportwege. In der örtlichen Schulküche, auf dem örtlichen Markt oder auch bei der kommunalen Beschaffung sollten regionale Produkte den Vorzug genießen. Das unterstützt die heimische Landwirtschaft.
- Für Bioprodukte gilt ähnliches wie für regionale Produkte: Zu deren Produktion wird die Umwelt weniger durch Pestizide und Kunstdünger belastet. Der meist höhere Aufwand für die Produktion steckt in Arbeitskräften in der Landwirtschaft. Damit werden Böden und das Grundwasser geschützt – zwei wichtige Bausteine der Nachhaltigkeit.
- Beim Schutz der Bürgerschaft vor Schadstoffemissionen geht es nicht nur um die Kamine der Industrieunternehmen, sondern auch um den Verkehr. Verkehrsströme sollten also nach Möglichkeit dort hingelenkt werden, wo sich wenig Menschen aufhalten. Bei Holzfeuerungen spielt der Betrieb der Anlage eine wichtige Rolle: Gemeinsame Kampagnen mit dem Schornsteinfeger sind denkbar.
- Lärm beeinträchtigt die Gesundheit. Weniger Verkehr und niedrigere Geschwindigkeiten senken die Lärmbelastung für die Bürgerschaft: Insbesondere in Ortszentren, in Wohngebieten und rund um Schulen und Kindergärten. Auch ein verbesserter ÖPNV führt zu weniger Verkehr und damit weniger Lärm.

- Bewegung ist ein wichtiger Beitrag zur Gesundheitsvorsorge. Wege aktiv zurückzulegen – also zu Fuß oder per Fahrrad – entlastet nicht nur die Umwelt, sondern nützt jedem einzelnen Bürger. Die Folgekosten im Gesundheitssystem sinken. Dazu kann die Kommune die Randbedingungen gestalten: Attraktive Grünflächen und ordentliche Feld- und Waldwege laden zum Laufen oder Radfahren ein. Breite Fußwege und abgesenkte Bordsteine ermöglichen es auch bewegungseingeschränkten Mitbürgern, sich sicher zu Fuß in der Stadt zu bewegen. Freiflächen ohne Autos erlauben es Kindern, in Wohngebieten gefahrlos zu spielen.

Was tun als Gemeinderat:

Fragen Sie nach dem [Lärmaktionsplan \(www.tinyurl.com/yxlx67w2\)](http://www.tinyurl.com/yxlx67w2) Ihrer Kommune.

Schlagen Sie vor, in (Schul-)Küchen und Kantinen jede Woche zumindest an zwei Tagen nur vegetarische Gerichte anzubieten.

Regen Sie an, in den Schulküchen den Einkauf regionaler und saisonaler Produkte sowie Bioprodukte schrittweise zu steigern.



Ein Markt im Ortszentrum vermeidet lange Einkaufswege und bietet regionale Produkte an.

5. Schwerpunkt dieser Handreichung: Mobilität

- Auf den ersten Blick scheint Mobilität kein zentrales Thema für den Gemeinderat zu sein. Doch, es ist eines: Auch die Verkehrswende kann der Gemeinderat mitgestalten. Deswegen wird hier etwas ausführlicher dargelegt, wie vielfältig die Möglichkeiten des Gemeinderates sind. Mehr dazu im [Positionspapier kommunale Handlungsmöglichkeiten \(www.tinyurl.com/yyqnrn4s\)](http://www.tinyurl.com/yyqnrn4s) für eine nachhaltigere Mobilität. Der Blick in den [Statusbericht kommunaler Klimaschutz \(www.tinyurl.com/y5re5c5x\)](http://www.tinyurl.com/y5re5c5x) zeigt sehr deutliche Unterschiede der Verkehrsmittelwahl in ländlichen Kommunen im Gegensatz zu der in den Städten.

Stadtplanung

- Für eine nachhaltige Mobilität kommt der Stadtplanung eine Schlüsselrolle zu: Die „Stadt der kurzen Wege“ vermeidet so weit wie möglich Verkehrsauslöser. Eine gute Mischung aus Wohnen, Arbeiten und Freizeit belebt die Ortsmitten. Einkaufszentren, Verwaltung sowie Ärzte und Cafés sollten im Orts- bzw. Ortsteilzentrum gehalten werden. Dort sollte es auch ausreichend Platz für Begegnung geben. Eine gute Nutzungsmischung ist das Ziel. Bei Planungen von Baugebieten sollte eine möglichst komfortable ÖPNV-Anbindung zum Standard gehören. Die kürzeste Wegeverbindung ins Ortszentrum bzw. Stadtteilzentrum sollte dem Radverkehr bzw. den Fußgängern vorbehalten sein.

Was tun als Gemeinderat:

Seien Sie Botschafter nachhaltiger Mobilität und nutzen Sie wo immer möglich das Fahrrad oder gehen Sie zu Fuß. So sind Sie auch für Ihre Wähler leicht ansprechbar.

Klären Sie, ob es ein Verkehrsentwicklungskonzept gibt.

Welche Defizite erkennen Sie? Denken Sie das Thema Mobilität bei allen Diskussionen um Ansiedlungen und Maßnahmen in der Gemeinde mit.



»Die ›Stadt der kurzen Wege‹ vermeidet so weit wie möglich Verkehrsauslöser.«

Zu Fuß gehen

- ... ist die natürlichste Bewegungsform des Menschen. Fußgänger reden miteinander und tun etwas für ihre Gesundheit. Gemeinden, in denen man keine Menschen auf der Straße sieht, wirken unbelebt und wenig attraktiv. Menschen empfinden kleinteilige, fußläufig erreichbare Stadtstrukturen als angenehm. Eine Wohnstraße oder Innenstadt mit nur sehr wenig Autoverkehr, wenig parkenden Fahrzeugen, Grün- und Spielflächen und kleinen Ladengeschäften holen das Leben zurück auf die Straße und machen den Weg zu Fuß zur angenehmen Selbstverständlichkeit. Das zu Fuß gehen muss auch für Kinder eine Selbstverständlichkeit werden. Das „Elterntaxi“, also der elterliche Hol- und Bringservice mit dem Auto zur Kita oder zur Schule, sollte möglichst eingeschränkt und Angebote wie der „Laufbus“, also eine organisierte Laufgemeinschaft, ausgeweitet werden. Dies erhöht zudem die Verkehrskompetenz der Kinder. Die „Stadt der kurzen Wege“ macht zu Fuß gehen attraktiv. Wichtig ist dabei die Nutzungsmischung von Einkaufsmöglichkeiten und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs sowie direkte Wegeführungen, Barrierefreiheit und eine hohe Aufenthaltsqualität durch Begrünung und ausreichend Sitzmöglichkeiten. Der Fußgänger muss wieder gleichberechtigter Verkehrsteilnehmer werden. Zugänge zu Haltepunkten des ÖPNV müssen ohne Umwege sicher, komfortabel und angenehm erreichbar sein. Ein Fußverkehrs-Check kann hier ein sinnvoller Einstieg sein.

Was tun als Gemeinderat:

Gehen Sie in Ihrer Gemeinde viel zu Fuß! Sie kommen mit der Bürgerschaft ins Gespräch und erkennen Defizite für Fußgänger.

Fühlen sich alte Menschen und Kinder im Quartier wohl? Wie kann dies verbessert werden? Denken Sie beispielsweise an Spielstraßen, Bänke, Freiräume, Bäume oder Außenbereiche von Cafés.

Initiieren Sie Schulwegtrainings in Grundschulen und einen „Laufbus“.

Bei jedem Quartierskonzept sollte das Thema Mobilität mit betrachtet werden.

Überlegen Sie bei jeder Baumaßnahme, welche Auswirkungen diese auf Fußgänger hat.

Regen Sie einen **Fußverkehrs-Check** (www.tinyurl.com/y2rmzy5p) für Ihre Kommune an.

Attraktive Fußwege erhöhen die Zahl der Fußgänger in der Gemeinde.



»Das zu Fuß gehen muss auch für Kinder eine Selbstverständlichkeit werden.«

Radverkehr

- ... belastet die Umwelt nur sehr wenig. Er benötigt wenig Straßenraum und ist, wie der Fußverkehr, gesundheitsfördernd. Bei einem Bestand von 10,7 Mio. Fahrrädern besitzt jeder Bürger im Land im Durchschnitt ein Fahrrad. Mit Pedelecs, die inzwischen einen Marktanteil von fast 20 Prozent haben, sind selbst hügelige Topografien auch von weniger trainierten Personen gut erschließbar und längere Radpendlerstrecken überwindbar. Das Fahrrad bietet für viele Kommunen große Chancen für eine nachhaltige Mobilität. Wenn Straßen zu Fahrradstraßen umgewidmet, Radfahrstreifen ausgewiesen, Schutzstreifen für den Radverkehr markiert werden oder das Grünsignal für Radfahrer einige Sekunden früher geschaltet wird als für PKW, entwickelt sich der Anteil des Radverkehrs spürbar nach oben.
- Radverkehrsförderung durch Infrastrukturmaßnahmen und Mobilitätsbildung führt auch zu mehr Sicherheit. Interessant ist es zu beobachten, dass in Städten mit guter Fahrradinfrastruktur auch bei schlechtem Wetter zahlreiche Radfahrer unterwegs sind. Neben der Möglichkeit, sich als Radfahrer sicher und gleichberechtigt auf der Straße zu bewegen, ist auch die optimale Verknüpfung der verschiedenen Verkehrsmittel ein wichtiges Handlungsfeld. Abstellanlagen und Fahrradboxen an Bahnhöfen machen den Umstieg vom Rad in den Zug einfach. Auch am Arbeitsplatz und im Mehrfamilienhaus sind überdachte, ebenerdig zugängliche Abstellmöglichkeiten wichtig. Beispielsweise ist es denkbar, dass im Einfahrtsbereich von Parkhäusern auch Fahrradstellplätze angeboten werden. Auf einem PKW-Parkplatz können acht bis zehn Fahrräder abgestellt werden. Je nach Bedarf können diese Fahrradstellplätze dann ausgeweitet werden. Sinnvollerweise sollten große Abstellanlagen durch eine Servicestation (für technische Soforthilfe, Wartung, Reparatur sowie Bedarfsartikel) ergänzt werden.
- Radverkehr kann über verkehrsärmere Wege attraktiv geführt werden und braucht dafür meist nur eine ausreichende Beschilderung. Für Hauptverbindungen ist es sinnvoll, ein Netz möglichst kreuzungsfreier Radschnellwege zu entwickeln, die es ermöglichen, auch Strecken bis zu 20 Kilometern gefahrlos und schnell zu bewältigen. Dazu sind zum Beispiel Überquerungen großer Autostraßen sowie weitgehender Vorrang im Straßenverkehr erforderlich. Gute Argumente für die Förderung des Radverkehrs wurden von der **Arbeitsgemeinschaft Fahrrad- und Fußgängerfreundlicher Kommunen (www.agfk-bw.de)** in Baden-Württemberg (AGFK-BW) zusammengetragen.

Was tun als Gemeinderat:

Fahren Sie in Ihrer Kommune viel mit dem Rad und sammeln Sie, was Sie stört.

Initiiieren Sie Kauf und Verleih von Lastenrädern.

Organisieren Sie eine Exkursion in eine fahrradfreundliche Kommune und überlegen Sie, was sich übertragen lässt.

Prüfen Sie, ob sich am Eingang des Parkhauses Platz für Fahrräder schaffen lässt.

Gibt es gute Radabstellanlagen an den Bushaltestellen und am Bahnhof?

Regen Sie eine Mitgliedschaft in der **AGFK (www.agfk-bw.de)** an und bewerben Sie sich als „Fahrradfreundliche Kommune“.

»Das Fahrrad bietet für viele Kommunen große Chancen.«



Viele Städte haben in den vergangenen Jahren den ÖPNV bereits deutlich ausgebaut.

ÖPNV

- Ein leistungsfähiger, attraktiver und preiswerter ÖPNV ist die Grundvoraussetzung dafür, dass Autofahrer bereit sind, umzusteigen. Durch leichte Fahrzeuge mit effizienten Antrieben und Systemen, die Bremsenergie zurückgewinnen, können Emissionen reduziert werden. Saubere und moderne Fahrzeuge, sinnvolle Takte und ausreichend Haltestellen sind notwendig, damit Bürger gerne zum ÖPNV wechseln. Auch bei Bussen zeigt sich ein klarer Trend hin zur Elektromobilität. Hier sollte der Strom aus Erneuerbaren Energien kommen, beispielsweise aus der PV-Anlage oder dem Windrad der Gemeinde. Aus Sicht des Kunden ist die Zuverlässigkeit des ÖPNV ein zentraler Akzeptanzfaktor. Unterstützend wirken dabei Mobilitätsstationen, an denen die Angebote des Bike- und Carsharings mit ÖPNV-Haltestellen verknüpft werden und den Wechsel zwischen verschiedenen Verkehrsmitteln erleichtern. Im ländlichen Raum sind Systeme wie der Bürgerbus, Rufbusse oder Mitfahrbänke eine Alternative, die als Zubringer zu den Hauptachsen im ÖPNV dienen können.

Was tun als Gemeinderat:

ÖPNV in Stadt und Land unterscheidet sich deutlich. Während in der Stadt vor allem ein dichteres Angebot und attraktive Haltestellen wichtig sind, sind im ländlichen Raum vor allem flexible Angebote erforderlich.

Regen Sie an zu prüfen, wo die Einführung eines Bürgerbussystems oder eines Anrufsammeltaxis die vorhandenen ÖPNV-Angebote sinnvoll ergänzen kann und dabei wirtschaftlich umsetzbar ist.

Automobilverkehr

- Ein Rückgang des Automobilverkehrs wird letztlich nur mit Einschränkungen erreichbar sein. Diese helfen allerdings den negativen Folgen des motorisierten Individualverkehrs (MIV) entgegenzuwirken. Insgesamt sollte der Autoverkehr entschleunigt werden. Dazu dienen Tempo-30-Zonen, Mischverkehrsflächen (shared space), Fahrradstraßen oder Spielstraßen sowie die Reduzierung von Verkehrszeichen, Signalanlagen und Fahrbahnmarkierungen. Das Parkraumbot gebot sollte eingeschränkt, verteuert und vorübergehend stark kontrolliert werden. Einschränkungen des Parkraums können bereits in Bebauungsplänen gefordert werden. Keinesfalls sollten Parkplätze vergrößert werden, um auch für übergroße PKW Platz zu schaffen. Sinnvoll ist der Ausbau von Park+Ride-Kapazitäten an Bahnhöfen. Dieses Angebot wird jedoch nur dann angenommen, wenn im Gegenzug die Einfahrt in die Stadt eingeschränkt wird. PKW-Stellplätze sollten zumindest teilweise mit Ladesäulen versehen werden, um das Nachladen von Elektrofahrzeugen beim Parken zu ermöglichen. Gleichzeitig ist die Zugänglichkeit für Ältere, Menschen mit Behinderungen, Eltern mit Kinderwagen, Handwerker oder Kunden mit schweren Einkäufen mit wohl-durchdachten Lösungen und Ausnahmen sicherzustellen. Die Angst der Einzelhändler, Einschränkungen des MIV würden zu Umsatzrückgängen führen, können durch vielfältige gegenteilige Erfahrungen entkräftet werden.

Was tun als Gemeinderat:

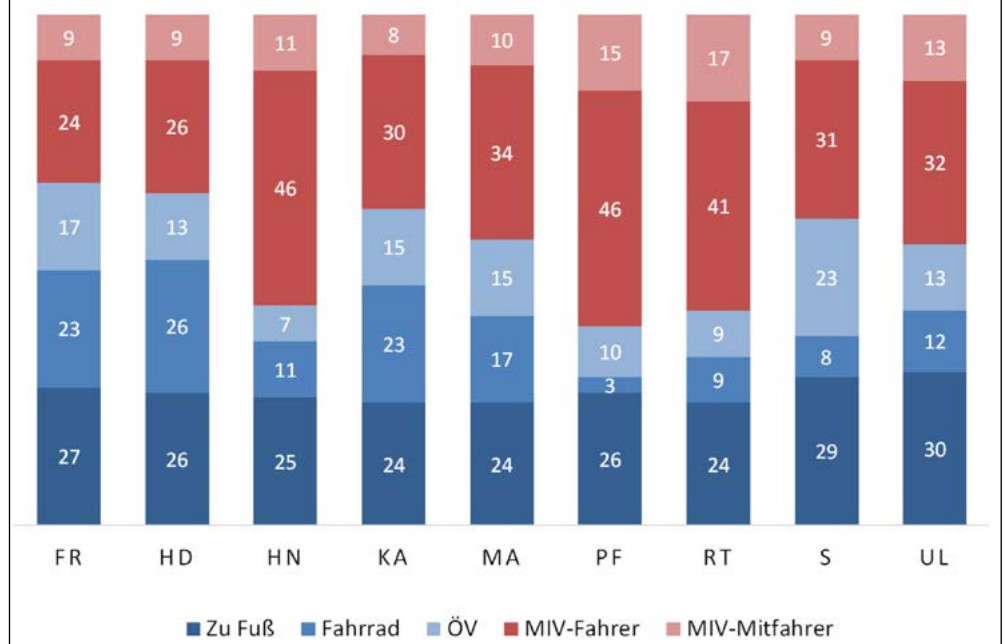
Werden Sie nicht müde für Mobilität mit weniger Autoverkehr zu werben und stellen Sie die Vorteile heraus.

Beantragen Sie autofreie Tage oder Wochen, an denen Parkstreifen zeitlich befristet als Spielfläche oder für Gastronomie genutzt werden können (Verkehrsversuch).

Beantragen Sie, Parkplätze zu Grün- und Spielflächen umzugestalten und dort Bäume zu pflanzen.

Schlagen Sie eine Mitgliedschaft im »Kompetenznetz Klima Mobil« vor und lassen Sie sich bei den Themen Parkraumbewirtschaftung, Verkehrsberuhigung und Bevorrechtigung von Bus-, Rad und Fußverkehr beraten und unterstützen.

Modal Split der Großstädte nach Wegen



Modal Split bezeichnet die Verteilung des Transportaufkommens auf verschiedene Verkehrsmittel. Unter ähnlichen Rahmenbedingungen wird der Umweltverbund unterschiedlich stark genutzt.

Mitfahrer je Autos

- In einem PKW sitzen im Berufsverkehr durchschnittlich zwischen 1,1 und 1,2 Personen – unabhängig von der Zahl der Sitzplätze des Fahrzeugs. Im langjährigen Durchschnitt aller Fahrten sitzen knapp 1,5 Personen im Auto, der Wert ist langfristig rückläufig. Durch Fahrgemeinschaften ließen sich also PKW-Verkehr und der Parkraumbedarf deutlich verringern. Durch die Online-Vermittlung von Mitfahrgelegenheiten über verschiedene Plattformen und Ride-Pooling-Angebote bzw. **Mitfahrbänke** (www.hoeri-mit.de) im ländlichen Raum kann der Besetzungsgrad der PKW erhöht werden. Kommunen können Initiativen wie www.pendler-netz.de oder www.matchridergo.de unterstützen und bewerben. Sie wenden sich vorwiegend an Pendler, während www.blablacar.de schwerpunktmäßig auf die Vermittlung von Einzelfahrten auf längeren Strecken ausgerichtet ist. Damit diese Angebote Wirkung erzielen, muss das Mitfahren bzw. Mitnehmen jedoch sozial und kulturell akzeptiert und praktiziert werden. Kommunen können hier selbst tätig werden, aber auch Aktivitäten Dritter, zum Beispiel im Rahmen des betrieblichen Mobilitätsmanagements, unterstützen.

Was tun als Gemeinderat:

Bewerben Sie im Amtsblatt die obigen Plattformen, schließen Sie sich dabei mit Ihren Nachbarkommunen zusammen.



Je mehr Personen pro Auto, desto weniger wird die Stadt durch Verkehr belastet.

Carsharing

- Carsharing ist die „organisierte, gemeinschaftliche Nutzung eines oder mehrerer Automobile auf der Grundlage einer Rahmenvereinbarung“ (Wikipedia). Insbesondere stationsbasierte Carsharing-Systeme senken die Zahl der Fahrzeuge und der belegten Parkplätze in einer Stadt sehr deutlich. Studien zeigen, dass durch ein Carsharing-Fahrzeug zwischen fünf und 15 private PKW ersetzt werden. Carsharing kann eine attraktive Ergänzung zum ÖPNV bilden. Transporte, Fahrten in den ländlichen Raum oder größere Einkäufe können mit an den aktuellen Bedarf angepassten Fahrzeugen sehr gut erledigt werden. Auch außerhalb großer Städte gibt es funktionierende Carsharing-Systeme (www.weilermobil.de). Kommunen können den Anbietern von stationsbasiertem Carsharing attraktive Stellplätze zu möglichst günstigen Konditionen anbieten. Laut Statusbericht kommunaler Klimaschutz stehen in 252 Kommunen in Baden-Württemberg insgesamt 3.600 Fahrzeuge zur Verfügung. Unter den zehn Städten mit den meisten Carsharing-Fahrzeugen je Einwohner in Deutschland sind fünf aus Baden-Württemberg. Seit der Einführung des [Carsharing-Gesetzes \(www.tinyurl.com/yyl6u9lc\)](http://www.tinyurl.com/yyl6u9lc) auf Bundesebene 2017 können Kommunen über die Erteilung einer Sondernutzungserlaubnis Stellflächen an Bundesstraßen für stationsbasierte Carsharing-Fahrzeuge ausweisen. Diese sollten zum Beispiel in unmittelbarer Nähe zu Bus- oder Bahnhaltestellen oder zentral in Wohnquartieren sein. Die Änderungen des Straßengesetzes in Baden-Württemberg Anfang 2019 erlauben Kom-

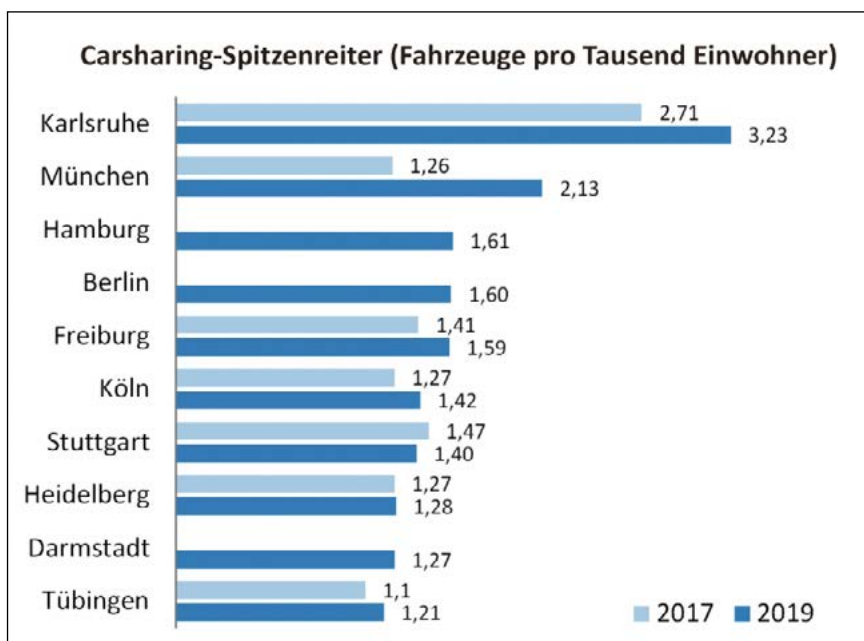
Was tun als Gemeinderat:

Versuchen Sie ein Carsharing-System zu initiieren, sofern es im Ort noch keines gibt. Schauen Sie sich dazu Systeme in Kommunen vergleichbarer Größe an. Der Bundesverband Carsharing unterstützt Sie dabei.

Weisen Sie auf die Möglichkeiten des Carsharing-Gesetzes hin, Stellplätze anzubieten.

Regen Sie an, dass die Verwaltung ihren PKW-Fuhrpark auflöst und Carsharing nutzt.

munen nun auch die Erteilung einer Sondernutzungserlaubnis für Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen. Auch für Unternehmen kann Carsharing eine wirtschaftliche Alternative zum eigenen Fuhrpark sein. Zudem ist es denkbar, in kommunalen Mitteilungsblättern Carsharing-Anbietern Platz einzuräumen, da die Verbreitung von Carsharing der Umsetzung eines kommunalen Klimaschutzkonzeptes dient. Sinnvoll erscheint weiterhin, bei Neubauprojekten die Zahl der nachzuweisenden Stellplätze dann zu reduzieren, wenn entsprechende Carsharing-Stellplätze bereitgestellt werden.



Fünf der zehn erfolgreichsten Städte beim Carsharing sind in Baden-Württemberg.



Auch Elektroroller spielen eine Rolle im innerstädtischen Verkehr.

Elektromobilität

- Das Elektromobilitätsgesetz (EMoG) eröffnet Kommunen die Möglichkeit, Elektrofahrzeuge beim Parken zu bevorzugen, Parkgebühren für sie zu reduzieren oder ihnen die Nutzung beispielsweise von Busspuren zu gestatten. Auch Ausnahmen bei Zufahrtsbeschränkungen sind zulässig. Zudem gilt es die öffentliche Ladeinfrastruktur deutlich auszubauen. Vor allem in Quartieren mit Mehrfamilienhäusern ohne Tiefgaragen sollte sich die Kommune für den Aufbau einer öffentlichen Ladeinfrastruktur engagieren und ein geeignetes Konzept ausarbeiten, welches auch E-Carsharing-Stellplätze mitbetrachtet. Elektrofahrzeuge bilden einen wichtigen Teil der Verkehrswende, wenngleich ein Eins-zu-eins-Wechsel des heutigen Verkehrssystems hin zu elektrischen Antrieben die Verkehrsprobleme nur zu einem Teil lösen wird.

Was tun als Gemeinderat:

Beantragen Sie die Erstellung eines Ladesäulenkonzeptes für die Gemeinde. Suchen Sie nach Möglichkeiten, den zusätzlich benötigten grünen Strom in der Gemeinde selbst zu erzeugen.

Gibt es in Ihrem Landkreis [Mobilitätsexperten \(www.tinyurl.com/y4srhref\)](http://www.tinyurl.com/y4srhref), die Sie als Kommune unterstützen?

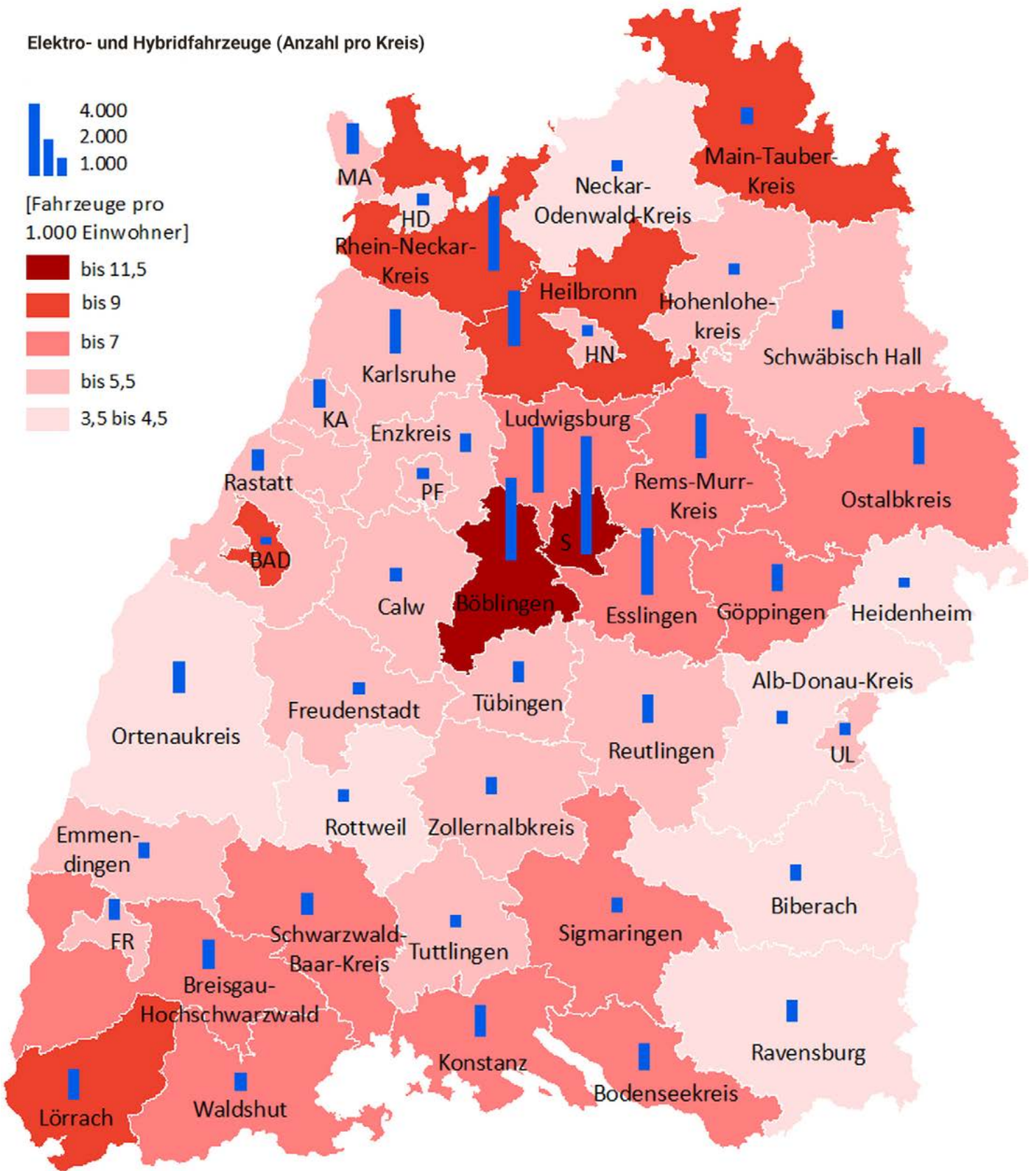
Prüfen Sie Bevorrechtigungen für Elektrofahrzeuge.

Elektro- und Hybridfahrzeuge (Anzahl pro Kreis)



[Fahrzeuge pro 1.000 Einwohner]

- bis 11,5
- bis 9
- bis 7
- bis 5,5
- 3,5 bis 4,5



Die Bedeutung von Elektromobilität steigt schnell an.

Kommunales Mobilitätsmanagement

- Ein kommunales Mobilitätsmanagement führt die Kompetenzen aus verschiedenen Fachbereichen der Verwaltung zusammen und verbindet bestehendes Wissen neu: Mobilität muss integriert geplant werden. Darüber hinaus koordiniert das Mobilitätsmanagement den Austausch mit externen Anbietern von Mobilitätsdienstleistungen und bringt diese näher zusammen. Neubürger, Kinder, Eltern, ältere Menschen oder Pendler sollten, mit Blick auf deren spezifische Bedürfnisse, jeweils einzeln angesprochen werden. Durch das Mobilitätsmanagement sollten Bürger mit Hilfe von Kampagnen und Aktionstagen (zum Beispiel **Stadtradeln** (www.stadtradeln.de), Mobilitätstage) informiert und motiviert werden, Alternativen auszuprobieren. Dazu gehört auch die Mobilitätsbildung (zum Beispiel Sprit-Spar-Kurse, Verkehrssicherheit). Um die wichtige Vorbildfunktion der Kommune zu erfüllen, sollte ein behördliches Mobilitätsmanagement in der Verwaltung eingeführt werden. Die Reduktion und Umstellung des kommunalen Fuhrparks durch beispielsweise den vermehrten Einsatz von E-Fahrzeugen, Carsharing-Fahrzeugen, Lastenrädern und Pedelecs führt zu klimaverträglicheren Dienstfahrten und Kosteneinsparungen (durch weniger Fahrzeuge und geringere Parkflächen). Aber auch bei den Arbeitswegen

Was tun als Gemeinderat:

„Wir müssen das Rad nicht neu erfinden, sondern mehr benutzen“ ist der Slogan der Aktion **Stadtradeln** (www.stadtradeln.de). Machen Sie mit!

Regen Sie einen runden Tisch „Mobilitätsmanagement“ mit den Unternehmen im Ort an, um Wege zur Verkehrsvermeidung zu diskutieren.

Nutzen Sie das Förderprogramm zum **betrieblichen Mobilitätsmanagement** (www.tinyurl.com/y2z7wcef).

der kommunalen Mitarbeiter kann der MIV-Anteil reduziert werden: Job-Tickets, Fahrradleasing, Mitfahrangebote, die Einrichtung von Fahrradstellplätzen und Duschen am Arbeitsplatz sowie Informationen zum Mobilitätsangebot der Kommune tragen zur Vermeidung von PKW-Verkehr bei.



»Wir müssen das Rad nicht neu erfinden, sondern mehr benutzen.«

- Der in den obigen Teilkapiteln skizzierte Umbau der Kommune kann zunächst auf Widerstand, vor allem von Autofahrern stoßen. Daher ist eine Beteiligung der unmittelbar Betroffenen bei den einzelnen Maßnahmen wichtig, um die Vorteile, aber auch die zu erwartenden Einschränkungen zu erkennen und zu verstehen. Eine frühzeitige Bürgerbeteiligung, bei der Anwohner, Geschäftsinhaber und Verkehrsteilnehmer zu Wort kommen und ihre Anregungen einbringen können, ist Voraussetzung dafür, dass die Umgestaltung angenommen wird. Hier empfiehlt sich die Einbindung eines erfahrenen Moderators, der Stimmungen aufnehmen und auffangen kann. Letztlich muss die Verwaltung aber auch ein gewisses Maß an Kritik aushalten. Verkehrsversuche sind eine gute Möglichkeit, Maßnahmen zunächst befristet zu testen.
- Wie in anderen Fachgebieten sind auch beim Thema Mobilität die interkommunale Zusammenarbeit und der fachliche Austausch sehr hilfreich. Arbeitsgruppen wie die des Städtetages organisieren diesen Austausch. Zum Thema Radverkehr gibt es die AGFK-BW (Arbeitsgemeinschaft Fahrrad- und Fußgängerfreundliche Kommune Baden-Württemberg). Auch regionale Energieagenturen vernetzen Akteure.
- Wichtig: In manchen Fragen sollten Politik und Verwaltung weitsichtiger agieren und entscheiden als die Mehrheit der Bevölkerung. Denn manche, langfristig positive Maßnahmen können nur so in die Umsetzung gebracht werden.



Die Mobilitätswende erfordert auch Investitionen in Infrastruktur.

»Für sehr viele Aktivitäten stehen Förderangebote der EU, des Bundes oder des Landes zur Verfügung.«

6. Förderung durch EU, Bund und Land

- Für sehr viele Aktivitäten stehen Förderangebote der EU, des Bundes oder des Landes zur Verfügung. Die Übersicht über alle Angebote zu behalten ist jedoch nicht einfach, da sich die Programme und Konditionen oft ändern. Deswegen pflegt die KEA-BW eine **Förderübersicht** (www.kea-bw.de/foerderberatung) und berät Kommunen bei der Frage nach dem passenden Programm für das jeweilige Projekt. Denken Sie daran: Jeder Fördereuro stärkt die Wirtschaftskraft Ihrer Region. Bei der Vorbereitung ihres Antrages unterstützt Sie Ihre **regionale Energieagentur**. (www.reabw.de).

7. Gute Beispiele aus Baden-Württemberg

Bühl (28.900 Einwohner) – Radverkehrsförderung

- Entwicklung eines auf zehn Jahre angelegten Radverkehrsplans (2013)
- derzeit 600 Fahrradabstellplätze im Stadtgebiet
- seit 2013 Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Fahrrad- und Fußgängerfreundlicher Kommunen in Baden-Württemberg (AGFK BW)
- intensive Öffentlichkeitsarbeit zum Radverkehr unter anderem durch Teilnahme an Stadtradeln und der Landesinitiative „RadKULTUR“

www.tinyurl.com/y2pmn2m8



Das Fahrradparkhaus am Bühler Bahnhof mit 120 sicheren und witterungsgeschützten Fahrradstellplätzen.

Heidelberg (160.300 Einwohner) – Verkehrssicherheit für Kinder

- Entwicklung von Leitlinien für eine kinderfreundliche Verkehrsplanung
- Kinderwegepläne für die meisten Stadtteile
- Überprüfung aller Schul- und Kinderwege durch Sicherheitsaudits
- „laufender Schulbus“ als Alternative zum Eltern-Taxi
- verlängerte Grünphasen für Fußgänger an Ampeln

www.tinyurl.com/yy5h5zbf

Der verkehrsreduzierte Stadtteil Vauban in Freiburg mit begrünter Straßenbahntrasse mitten im Quartier und beruhigten Wohnstraßen.



Karlsruhe (313.100 Einwohner) – Carsharing

- Carsharing-Hauptstadt Deutschlands mit mehr als drei Carsharing-Fahrzeuge pro 1.000 Einwohner
- 2020 rund 900 Fahrzeuge im Stadtgebiet an 200 festen Carsharing-Stationen
- konsequente Verknüpfung von Carsharing-Stationen mit Bahn- und Fahrradverleihstationen

www.karlsruhe.de/b3/verkehr/automobil/stadtmobil

Freiburg (230.200 Einwohner) – verkehrsreduzierter Stadtteil Vauban (5.500 Einwohner)

- mit 172 PKW pro 1.000 Einwohner geringe Autodichte im Quartier
- beruhigte Wohnstraßen mit Schrittgeschwindigkeit ohne öffentliche Parkplätze
- zentrale Verkehrsachsen als Tempo-30-Zonen mit bewirtschafteten Parkplätzen
- zwei Quartiersgaragen am Siedlungsrand für Haushalte mit PKW
- gutes Bus-Bahn-Angebot und Carsharing im Quartier

www.freiburg.de/pb/208732.html

Offenburg (60.000 Einwohner) – Verknüpfung umweltfreundlicher Verkehrsmittel

- Aufbau von Mobilitätsstationen seit 2015 zur Verknüpfung von Carsharing, Bikesharing, Fahrradabstellanlagen und dem öffentlichen Bus- und Bahnverkehr, zum leichteren Umstieg zwischen den Verkehrsmitteln
- modulare Bauweise der Stationselemente und dadurch optimale Anpassung der Stationen an die Standorte
- gleichzeitige Einführung der Mobilitätsmarke „Einfach mobil“ zur einheitlichen Gestaltung und einfachen Verständlichkeit aller lokal angebotenen Leistungen der nachhaltigen Mobilität

www.offenburg.de/html/mobilitaetsstationen.html



Die Mobilitätsstation am Freizeitbad Stegermatt in Offenburg zum unkomplizierten Umstieg zwischen den Verkehrsmitteln.

Radolfzell (31.200 Einwohner) – gleiche Kosten für Parken und Busfahren

- Anhebung der Parkgebühren für eine Stunde von 0,50 Euro auf 1 Euro und gleichzeitig Vergünstigung einer Einzelfahrkarte im Busverkehr von 2,30 Euro auf 1 Euro
- Herabsetzung der maximalen Parkdauer und Einrichtung von Kurzzeitparkplätzen
- kaum Parkmöglichkeiten am Straßenrand in der Altstadt, dafür ausreichend bewirtschaftete Parkplätze
- einheitliche Parksysteme mit ebenfalls einheitlicher Beschilderung

www.radolfzell.de/mobilitaet

Das Sharing-Angebot der WeilerWärme eG: sieben Elektroautos und Pedelecs betankt mit 100 Prozent Ökostrom.



Rudersberg (11.400 Einwohner) – Verkehrsberuhigung der Ortsdurchfahrt

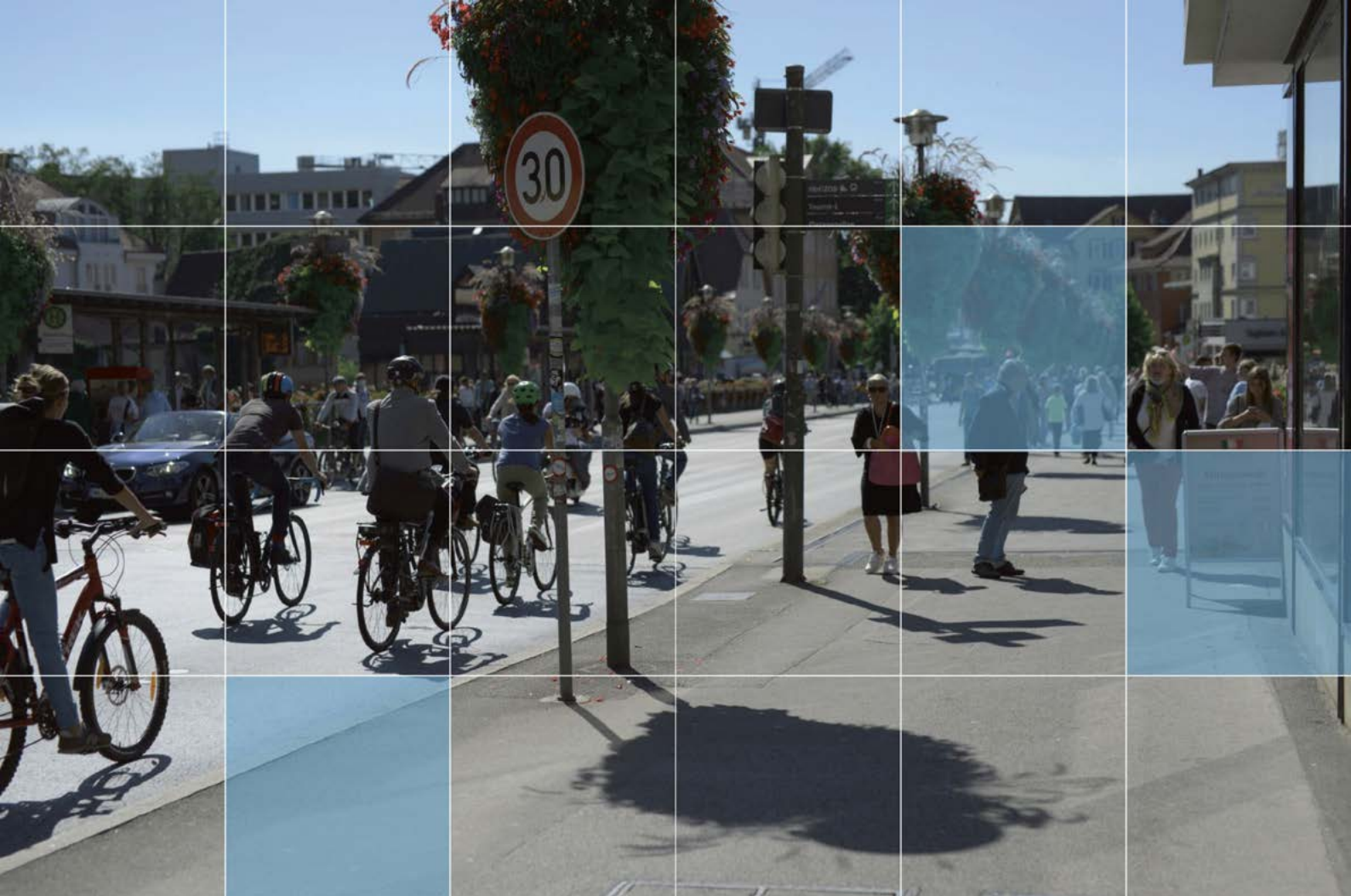
- Umsetzung eines verkehrlichen und gestalterischen Konzepts für die Ortsdurchfahrt
- Einrichtung einer innerörtlich beruhigten Verkehrszone durch die Gestaltung der Straße und nicht durch das Aufstellen vieler Verkehrsschilder
- shared spaces (gemeinsam genutzte Räume) als Vorbild und somit Gleichberechtigung der verschiedenen Verkehrsteilnehmer

www.ortsdurchfahrt-rudersberg.de

Pfalzgrafeweiler (7.100 Einwohner) – E-Carsharing unter Nutzung von Nahwärme

- 2008 Gründung der WeilerWärme eG als Nahwärmege-nossenschaft
- Ziel eines unabhängigen, nachhaltigen und umweltschonen Gesamt-konzepts in der Energiegewinnung und -versorgung
- Angebot von E-Carsharing seit 2014 mit fünf Fahrzeugen und 100 Prozent Ökostrom seit 2015

www.weilerwaerme.de



Wir beraten Sie gerne.



Verband der regionalen Energie- und Klima-
schutzagenturen Baden-Württemberg e.V.
Wallgutstraße 18
78462 Konstanz

Ansprechpartner: Tina Götsch

Tel.: 07531/804 75 02
info@reabw.de
www.reabw.de



KEA Klimaschutz- und Energieagentur
Baden-Württemberg GmbH
Kaiserstr. 94a
76133 Karlsruhe

Ansprechpartner: Maria Franke

Tel.: 0721/98471-0
info@kea-bw.de
www.kea-bw.de

Gefördert durch

